

Protest gegen die Rotstiftpolitik des Sozialsenators

Bündnis fürchtet im Kinder- und Jugendbereich Sparmaßnahmen des Senats. In ganz Hamburg müssten bis zu 30 Einrichtungen schließen.

Von Sascha Balasko

Foto: Michael Rauhe



Petra Lafferentz (Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, v. I.), Michael Edele (Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege), Klaus Wicher (Sozialverband) und Sieglinde Friess (Ver.di) protestieren gegen die Rotstiftpolitik des Senats

Hamburg. Wenn die 35.000 Euro tatsächlich wegfallen sollten, dann wird die Streichliste im Lenzsiedlungsverein in Stellingen lang. Der Mädchentag im Jugendhaus würde verschwinden, Gitarrenunterricht, Schlagzeugkursus, kostenlose Nachhilfe, Rap-Workshop - alles weg. Das ist nur ein Teil des Szenarios, das Joachim Wresch aufzeichnet. Wresch ist Koordinator für den Kinder- und Jugendbereich in der Hochhaussiedlung an der Julius-Vosseler-Straße. 3000 Menschen leben dort. Das Angebot des Vereins richtet sich an etwa 100 Kinder und Jugendliche.

Gestern kam in der Lenzsiedlung das Bündnis gegen Rotstift zusammen, um sich über die Projekte zu informieren und gegen die geplanten Einsparungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu protestieren. Das Bündnis setzt sich zusammen aus Vertretern der Wohlfahrtsverbände, Kinder- und Jugendarbeit sowie Gewerkschaften. Es hat sich im Frühsommer zusammengetan, um gegen die Kürzungspläne des Senats vorzugehen. Wie berichtet, plant Sozialsenator Detlef Scheele (SPD), die Zuwendungen an die Bezirke für die Jugendarbeit um zehn Prozent, also um 3,5 Millionen Euro auf dann noch 30 Millionen Euro im Jahr, zu kürzen.

Kritiker dieses Sparvorhabens befürchten, dass in ganz Hamburg dann bis zu 30 Einrichtungen schließen müssten, die sich in Freizeiteinrichtungen wie dem

Hamburger Abendblatt

24.10.2012

Lenzsiedlungsverein oder etwa auf Bauspielplätzen um Kinder und Jugendliche kümmern. Insgesamt will Scheele die Ausgaben in seinem Ressort um 67,5 Millionen Euro senken. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, welche spätestens im Jahr 2020 greifen soll. Bislang allerdings hat noch kein Jugendhilfeausschuss in Hamburg seine Planungen abgeschlossen. Es ist daher noch unklar, welche Einrichtungen in welchem Maße betroffen sein werden.

Die Furcht aber selbst vor noch so minimalen Kürzungen ist bei den Menschen, die sich in den Stadtteilen engagieren, groß. "Wir finanzieren unsere Mitarbeiter aus vielen verschiedenen Töpfen", sagt Ralf Helling, Geschäftsführer des Vereins Lenzsiedlung. "Fällt auch nur eine halbe Stelle weg, dann können wir die entsprechenden Angestellten nicht mehr bezahlen." Und da diese oft mehrere Aufgaben hätten, fielen diese dann komplett weg.

"Bei uns wird nicht eine Einrichtung massiv bedroht", sagt Eimsbüttels Bezirksamtsleiter Torsten Sevecke (SPD). Es gehe um eine Kostenreduzierung von zehn Prozent. "Der Jugendhilfeausschuss hat sich bislang noch nicht entschieden, wie er die 90 Prozent, die übrig bleiben, verteilen will." Eine Schließung von Einrichtungen in Eimsbüttel sei nicht geplant.

Eine kleine Maßnahme habe laut Helling vom Bürgerhaus Lenzsiedlung aber eine große Wirkung. "Weil wir ohnehin schon mit wenig Geld auskommen müssen, ist das Netz sehr fragil." Kostenreduzierung ließe sich aus seiner Sicht nur noch über Personaleinsparung leisten. Zehn Menschen sind im Verein angestellt. Die Energiekosten steigen, zudem müsse ein Kredit für das Gebäude in der Lenzsiedlung bedient werden. Allein dafür zahle der Verein 24.000 Euro im Jahr.

Laut Sozialbehörde werde die offene Kinder- und Jugendhilfe als unverzichtbar angesehen. Deshalb blieben auch 90 Prozent der Mittel in diesem Bereich erhalten. "Darüber hinaus bekommen Einrichtungen, die sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche noch besser unterstützen wollen, zusätzlich jährlich zwölf Millionen Euro für sozialräumliche Hilfen und Angebote. Zeitgleich bauen wir die ganztägige Betreuung und Bildung an den Schulen aus", sagt Behördensprecherin Nicole Serocka. Aus Sicht der Sozialbehörde werde so die Nachfrage nach Abenteuerspielplätzen und ähnlichen Angeboten stetig sinken. "Weil Kinder und Jugendliche nicht zeitgleich dort und in der Ganztagschule sein können", sagt Serocka. Für deren Ausbau gebe der Senat jährlich 115 Millionen Euro aus.

Allerdings fiele aus Sicht von Michael Edele von der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege das Angebot nach 16 Uhr weg. "Warum lässt man nicht beides übergangsweise gleichzeitig laufen. Wenn die Bauspielplätze dann leer sind, habe ich kein Problem damit, dort zu kürzen."